




DIE GRÜNEN

AUS DEM INHALT:

Aktuelles - Leserbrief	2
Gemeinderat - Messe	3
Mautflucht	4
Kinderbetreuung	5
Klimarevolution	6
Trinkwasser - Energie	7
Angriff auf die City	8

Impressum:

Die GRÜNEN Ried
Bahnhofstraße 20/1, 4910 Ried im Innkreis
Tel./Fax.: 07752/87483, e-mail: ried@gruene.at
www.ried.gruene.at
Redaktionsteam:
Max Gramberger, Dr. Wolfgang Pirker
Fotos: Die GRÜNEN RIED

Druck: Schusterbauers Druckservice
Griesgasse 6a, 4910 Ried im Innkreis
www.schusterbauer.cc

DER GRÜNSPECHT

Die Zeitung der GRÜNEN Ried / lfd. Nr. 90 / Herbst 2007

VERANSTALTER: DIE GRÜNEN RIED, BAHNHOFSTR. 20, 4910 RIED IM INNKREIS
Beifast jedem Wetter - Infos auf www.ried.gruene.at

Geschätzte LeserInnen!

Wir hoffen, Sie haben einen schönen Sommer verbracht. Schneller als gedacht ist der Herbst da und mit ihm unser jährliches Kinderfest.

Wir haben uns auch heuer wieder bemüht, für die Kleinen ein attraktives Angebot zu bieten. Die traditionelle Hui-hui-Maschine ist genauso wieder dabei wie der Kasperl. Dieses Mal hat er ein speziell auf Ried abgestimmtes Thema ausgesucht: ‚Kasperl und der Ritter Blech‘ kommt zur Auffüh-

rung. Daneben wird geschminkt, gemalt, mit Holz Kreatives gebastelt, auf Ponys geritten und auf Bierkisten geklettert. Getränke und Kuchen werden den Nachmittag auch für die großen BegleiterInnen gemütlich machen. Wir freuen uns am 29. September über viel großen und kleinen Besuch.

Daneben fängt das neue politische Arbeitsjahr wieder an. Gedanken des Fraktionsobmannes dazu folgen auf Seite 2.



Fraktionsobmann M. Gramberger

Aktuelles

Barrierefreiheit

Die Rieder Rundschau hat in einem beeindruckenden Artikel die Probleme eines Rollstuhlfahrers aufgezeigt. Vor allem der städtische Friedhof ist in dieser Hinsicht noch immer ein großes Ärgernis. Hier besteht wirklich akuter Handlungsbedarf. Die Stadt Ried muss zeigen, dass Barrierefreiheit ernst genommen wird und der Friedhof ein Ort wird, wo Rollator- oder RollstuhlfahrerInnen nicht verzweifeln müssen.

Leider werden Menschen aber nicht nur am altehrwürdigen Friedhof behindert, sondern auch bei Neubauten zeigt sich, dass Barrierefreiheit von manchen Architekten und abnehmenden Behörden nicht sehr ernst genommen wird. Im neuen Kino in Hannesgrub etwa bleibt RollstuhlfahrerInnen nichts anderes übrig, als sich Filme von den schlechtesten Plätzen aus anzusehen, also ganz vorne seitlich. Es bleibt das Gefühl, an den Rand gedrängt zu sein. Solche Verhältnisse sollten eigentlich der Vergangenheit angehören!

Heilige Kuh

Gleich an mehreren Stellen wird derzeit deutlich, dass die heilige Kuh in Ried zwar kein Euter aber 4 Räder hat. Jede Menge Bäume müssen dran glauben, etwa vor der Wirtschaftskammer in der Sennstraße oder in der Wildfellerstraße. Und der Preis, der gezahlt wird, ist oft sehr hoch – rein finanziell oder aber ökologisch betrachtet. Das gilt auch für die Tatsache, dass die Parkplätze meist mit Asphalt versiegelt werden – gegen Hochwässer müssen dann Dämme errichtet werden. Die Bauwirtschaft freut sich und schließlich sollen die Menschen ja Arbeit haben!

Welche Alternativen gibt es zu diesem Autofetischismus? Uns ist klar, dass es auf Grund schlechter öffentlicher Verkehrsinfrastruktur für viele Menschen schwer ist, auf das Auto zu verzichten. Trotzdem finde ich es notwendig, dass alle AutofahrerInnen über Alternativen nachdenken. Denn die Zahlen belegen deutlich, dass der Verkehr in den letzten Jahren die größten klimarelevanten Steigerungen aufweist und aus Sicht des Klimaschutzes ein immer größeres Problem darstellt. Dagegen hat etwa die Industrie schon eine Menge Hausaufgaben gemacht.

Welche Potenziale sehe ich im Verkehrsbereich?

Ganz klar ist, dass hier ganze Bündel von Maßnahmen ergriffen werden müssen. Zu unterschiedlich und komplex sind die verschiedensten Bedürfnisse, um sie mit wenigen Punkten befriedigen zu können. Offensichtlich ist auch, dass die Weiterführung der jetzigen Entwicklung in Chaos und Umweltzerstörung enden würde. So komme ich zum Schluss, dass an einer Verringerung des Autoverkehrs bei gleichzeitiger Erweiterung des öffentlichen Verkehrs kein Weg vorbei führen kann. Dazu zwei Beispiele:

Railshow der ÖBB

Am Samstag, 22. September, findet wie jedes Jahr der Internationale Autofreie Tag statt. Am Rieder Bahnhof wird von 10 bis 17 Uhr die ÖBB neue Loks und Waggon präsentieren. Ein umfangreiches Begleitprogramm (Kutschenfahrten zwischen Hauptplatz und Bahnhof, Radcodierung, Stand ‚Rund ums Rad‘, Verköstigung, Radio Oberösterreich-Bühne, ...) soll viele Leute anlocken. Außerdem können Fahrkarten für das Rieder Kreuz zum Preis von 2 Euro erstanden werden, die ein Monat lang gültig sind.

Wir setzen uns dafür ein, dass Strecken wie das Rieder Kreuz nicht ausgehungert sondern attraktiviert werden.

Eine gute Möglichkeit, Autofahrten einzudämmen bzw. effizienter zu machen bietet das gemeinsame Fahren.

www.drivetogether.at

Wir haben dieses Projekt bereits einmal beworben. Gerade für StudentInnen und Leute, die regelmäßig alleine mit dem Auto zur Arbeit fahren, bieten sich hier schöne Möglichkeiten zum Mitnehmen und Mitfahren. Neben der Umwelt wird dabei auch die Geldbörse entlastet. Das Internet ist eine optimale Voraussetzung für das Herausfiltern wirklich passender Angebote. Probieren Sie es aus!

Abschließend möchte ich Sie auf den Beginn des Leitbildprozesses hinweisen und Sie herzlich einladen, Ihre Ideen dort einzubringen. Die Termine finden Sie auf Seite 5. Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre unseres Grünspechts und würde mich über Ihre aktive Teilnahme an dem einen oder anderen Punkt sehr freuen.

Leserbrief

„Ried ist uns nicht egal!“

Es ist nach außen hin etwas still geworden bezüglich EKZ in Ried. Im „stillen Kämmerlein“ jedoch sind die Aktivitäten stärker denn je zuvor.

Gerne erinnere ich mich an unser angenehmes und konstruktives Gespräch zum Thema. Damals durfte ich Ihnen unsere massiven Bedenken gegen ein großes EKZ hinsichtlich der Auswirkungen auf die Innenstadt darstellen. Diese Bedenken resultieren aus handfesten Erfahrungswerten in mittlerweile über 80 Fussl-Filialen in ganz Österreich.

Wir wissen, dass ein großflächiges EKZ die wunderbare und auch kommerziell nach wie vor gut funktionierende Innenstadt nachhaltig zerstören würde. Wir als Händler und insbesondere als FUSSL brauchen die Innenstadt sicherlich nicht. Wir haben in den letzten Jahren viele Geschäfte in Innenstädten geschlossen und haben neu vor den Toren der jeweiligen Stadt in EKZ oder Fachmarktzentren eröffnet. Die Innenstädte brauchen aber den Handel! Ohne Handel keine Frequenz. Ohne Handel keine Geschäfte. Ohne Handel keine Fassadenpflege. Ohne Handel keine „Leben“. Ohne Handel unwiederbringlicher Wertverlust der Innenstadtimmobilien. Wir als FUSSL fühlen uns aber der Stadt Ried verpflichtet. Meine Geschwister, meine Frau und auch ich sind jahrelang in Ried zur Schule gegangen und haben jahrelang in Ried gelebt. Zudem betreiben wir in Ried mehrere Geschäfte und sind somit auch Steuerzahler und stellen gute Arbeitsplätze zur Verfügung. Ried ist uns nicht egal. Es gibt ganz, ganz wenige Personen die derartig viele und hautnahe Erfahrungswerte mit Auswirkungen von EKZ auf die Innenstadt haben.

Die Handelsprofis, kommen sie nun aus der Praxis (so wie meine Wenigkeit) oder aus der „Theorie“ (so wie beispielsweise das österreichweit hochangesehene Institut CIMA, das zudem in Ried beheimatet ist) werden Ihnen unsere massiven Befürchtungen hinsichtlich der Auswirkungen auf die Rieder Innenstadt bestätigen, wenn ein großflächiges EKZ kommen sollte! Es geht also tatsächlich um die Erhaltung der Lebensqualität in der Innenstadt für die Stadtbewohner und für die Besucher aus dem Einzugsgebiet. Es geht nicht darum, neue Mitbewerber zu verhindern! Diese sollten aber in der Stadt angesiedelt werden. Wir als FUSSL bewahren uns in dutzenden Städten und Handelsagglomerationen in allen neun Bundesländern mit allen internationalen Mitbewerbern. Wir dürfen daher für uns in Anspruch nehmen, dass wir nicht im Verdacht stehen, neue Mitbewerber verhindern zu wollen. Es geht ganz einfach - und in ganzer Tragweite - um die Zukunft der Stadt Ried!

Karl Mayr



Dr.-Thomas-Senn-Straße ALT



Wirtschaftskammer NEU

Aus dem Juli-Gemeinderat



Beschlüsse für den HTL-Neubau

Mit einer Erhöhung der Geschoßflächenzahl (mehr Nutzfläche im Verhältnis zur Grundstücksgröße) und einigen weiteren Änderungen rückt der Neubau der Rieder HTL immer näher. Vorgesehener Baubeginn ist der Herbst 2007.

Schade finden wir, dass aus dem Niedrigenergiestandard nichts geworden ist. Gerade bei Schulneubauten ließe sich durch kontrollierte Raumlüftung mit Wärmerückgewinnung ein ökologisches Vorzeigeprojekt verwirklichen. Leider gibt es von Seiten des Bundes - der die Errichtung zu zahlen hat - trotz viel Gerede vom Klimaschutz keine Vorgaben in diese Richtung.

Wirbel um Flächenwidmungsplan

Schon am 1. März hatte der Gemeinderat - angeblich - eine Widmungsänderung des Gebietes zwischen Wildfellner-, Träger-, Eiselsberg- und Brucknerstraße beschlossen.

„Angeblich“ deswegen, weil es damals zu einem Riesenwirbel gekommen war, nachdem der Bürgermeister versucht hatte, - mit Unterstützung der übrigen Fraktionen - eine ganze Reihe von Abstimmungen in Bausch und Bogen durchzudrücken. Wir GRÜNE waren damals völlig überrascht von dieser bedenklichen Vorgangsweise. In der Sitzung vom 5. Juli wurde dann durch ein Schreiben vom Land OÖ ein ‚gravierender Verfahrensfehler‘ attestiert, da sich der Gemeinderat ‚nicht mit den Einwendungen ... auseinandergesetzt hat‘.

Inhalt dieses Punktes war die Umwidmung dieses Gebietes in ‚Kerngebiet‘. Dagegen hatten eine ganze Reihe von AnrainerInnen Einwendungen gemacht, in denen sie ihre Gründe gegen die Umwidmung darlegten. Weil diese Einwendungen in der März-Sitzung nicht einmal vorgetragen, geschweige denn behandelt worden waren, stellte das Land OÖ fest, dass dieser gravierende Verfahrensfehler vorliege.

Am 5. Juli sollte darauf hin der Punkt noch einmal zur Abstimmung gebracht werden - und dieses Mal wurde er auch vollinhaltlich vorgetragen. Es waren mehrere AnrainerInnen zur GR-Sitzung gekommen, um die Beratung zu verfolgen. In deren Verlauf wurde der Punkt schließlich abgesetzt. Im nächsten Gemeinderat wird das Thema sicher wieder auf der Tagesordnung stehen.

Wir GRÜNE wendeten noch ein, dass aus der Tagesordnung nicht ersichtlich war, um welches wichtigen Punkt es sich handelte und verlangten für die zukünftigen Tagesordnungen entsprechend exakt gefasste Punkte, die es auch politisch nicht so verärgerten Interessierten ermöglichen, heraus-

zulesen, was mit diesem oder jenen Punkt gemeint ist.

Grundankauf für Kindergartenneubau in der Raimundstraße

Damit der neu zu errichtende Kindergarten (Ersatz für den KiGa Waldmüllerstraße sowie Riedberg; zusätzlich heilpädagogische Gruppe) die notwendigen Außenflächen aufbringen kann und außerdem für Kinder und Jugendliche weiterhin ein Ballspielplatz außerhalb vorhanden ist, wurde in der Sitzung vom 5. Juli der Ankauf eines insgesamt 4620 m² großen Grundstückes beschlossen. Dazu gibt es auch schon einen Vertrag und der erste große Schritt zur Verwirklichung des Kindergartens ist getan.

Da der Kindergartenbau Angelegenheit der Stadt (mit Unterstützung des Landes OÖ) ist, hat Ried hier die Chance einen Bau zu erstellen, der auch möglichst viele ökologische Kriterien erfüllt. Wir engagieren uns schon lange für eine ökologische Bauweise.

Grundankauf für Spielplatz in Wegleiten

In einer fast 5000 m² großen Eckparzelle zwischen der Firma Schenker und dem Gelände der ÖBB wird in Auleiten ein großer Spielplatz entstehen. Die Partizipation der

NachbarInnen wird durch entsprechende Förderungsrichtlinien vorgeschrieben, um einen Platz zu bekommen, der auch von möglichst allen dort lebenden Personen angenommen wird.

Aussagen zur Spange III

In einer Anfrage sprach GRÜN-Stadtrat David Demiryrek das Thema Spange III an. ‚Was will Hiesl wirklich?‘ meinte Demiryrek. In seiner Antwort zitierte Bgm. Ortig seinen Parteikollegen Hiesl mit den Worten: ‚Die Spange III wird jedenfalls kommen.‘ Und Ortig ergänzte: ‚Dazu stehe ich zu 100 Prozent.‘

Für uns ist die Notwendigkeit der Spange III nicht nachvollziehbar, da sich für die Verlagerung des LKW-Verkehrs aus der Stadt auch andere Lösungen finden lassen, die wesentlich weniger belastend für die AnrainerInnen sind.

Dieser Bericht aus dem Juli-Gemeinderat stammt von unserer Homepage www.ried.gruene.at, wo er am 6. Juli, einen Tag nach der Sitzung veröffentlicht wurde. An dieser Stelle bedanken wir uns für die vielen positiven Reaktionen zu unserer neu gestalteten Seite. Auch diesen Grünspecht und viele seiner Vorgänger können Sie dort antreffen. Wir freuen uns auch über Ihren Besuch.

GR Benno Wageneder

„Der Joghurtbecher wird am Acker wachsen ...“



Die Sonderausstellung „ZukunftsLand - Energie und Grundstoffe für Morgen“ auf der Rieder Messe war für den Naturstoffchemiker und Journalisten Hanswerner Mackwitz (Institut Allchemia Nova, Wien) ein Schritt in Richtung Nachhaltigkeit. Der Grünspecht fragte ihn zur Zukunft der Landwirtschaft:

„Genussland Österreich ist ein schöner Slogan. Das reicht aber nicht aus. Der Landwirt wird nicht nur zum Energiewirt, er wird auch zum Stoffwirt werden. Die Grundstoffe, die wir jetzt weitgehend aus dem Erdöl herausgezogen haben, wird es in einigen Jahren, spätestens in Jahrzehnten vom Acker geben. Wir werden sozusagen den Joghurtbecher am Acker wachsen lassen. Und es wird ein Joghurtbecher sein, der nicht einen Bruchteil der Probleme heutiger Erdölbecher macht, weil er nicht 450 Jahre braucht, bis er verrottet, sondern einige

Wochen im Kompost. Die Weltmeere sind ja voll mit Erdölplastik und keiner weiß, dass tausende Schildkröten, Fische und Vögel daran krepieren. Wir könnten seit zwanzig Jahren andere Kunststoffe machen. Jetzt erst beginnt der Zug in die andere Richtung zu rollen. Und da gibt es ganz, ganz viele Beispiele, die zeigen, wie wichtig dieser Paradigmenwechsel ist. Die „Geizistgeil-Mentalität“ lässt aber nur das scheinbar Günstigste zu. Nachhaltiges Denken hat darin keinen Platz. Diese Einstellung scheint mir noch nicht überwunden!“



Hanswerner Mackwitz auf der Rieder Messe



Stadtrat David Demiryürek Mautflucht: Wann handelt Haider?

Was uns die VCÖ-Statistik zeigt, ist auch in der Realität überhaupt nicht mehr zu übersehen. In Österreich ist der LKW-Verkehr zwischen 1994 und 2003 um durchschnittlich 34 Prozent gestiegen. Ein Wert, der verglichen zur Innkreisautobahn geradezu lächerlich scheint. Denn direkt vor unserer Haustüre hat sich der Verkehr von rund 500.000 LKW im Jahr 1989 auf 2,9 Millionen im Jahr 2003 nahezu sechsfacht.

Was sind die Gründe für dieses ungebremste Wachstum? Der Hauptgrund ist mit Sicherheit die fehlende Kostenwahrheit im Transportwesen. Und die Unfähigkeit der Politik, die Schiene, entsprechend dem Wirtschaftswachstum, als Alternative im Güterverkehr zu etablieren. Geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und die Einführung der LKW-Maut führen seit 2004 dazu, dass immer mehr Transportunternehmen versuchen, diese verkehrspolitischen Maßnahmen zu umgehen. Die verantwortlichen Politiker schauen zu. Zu Lasten unserer Gesundheit und unserer Umwelt.

Einführung der LKW-Maut

Seit 1. Jänner 2004 gilt in Österreich auf allen Autobahnen und Schnellstraßen die Gebührenpflicht für alle Kraftfahrzeuge, deren höchstzulässiges Gesamtgewicht 3,5 t überschreitet. Im Sinne der Kostenwahrheit war die Einführung der LKW-Maut ein erster Schritt in die richtige Richtung. Mit 1. Juli 2007 wurde die LKW-Maut erhöht, völlig zu Recht, wie wir GRÜNE meinen. Doch die Erhöhung führt zu weiteren Versuchen, die Maut zu umfahren. Durch Städte, Gemeinden und Wohngebiete.

Verordnung ist wirkungslos

Der scharfe Wettbewerb unter den europäischen Transportunternehmen führt zu einem gewaltigen Kostendruck. Da wird jede Möglichkeit genutzt, um die Kosten zu reduzieren. Für so manchen Spediteur ist die Umgehung der LKW-Maut eine dieser Möglichkeiten. Die Landesregierungen haben darauf reagiert und entsprechende Mautflüchtlingsverordnungen beschlossen, auch Oberösterreich hat eine solche. Im Gegensatz zu den anderen Bundesländern hat Oberösterreich aber keine wirkungsvolle Verordnung. Sie besagt nämlich, dass die Bundes- oder Landesstraße befahren werden darf, wenn der Weg über diese Bundes- oder Landesstraße auch nur etwas kürzer als auf der mautpflichtigen Autobahn ist.

Diese Ausnahme trifft praktisch immer zu – jegliche Kontrollen gehen daher seit mehr als zwei Jahren völlig ins Leere. Hunderte Anzeigen wurden in der Vergangenheit wieder eingestellt. Seit 3 Jahren fordern die GRÜNEN von Verkehrslandesrat Erich Haider (SPÖ) die sinnlose Verordnung zu überarbeiten. Doch Haider bleibt untätig. Zu Lasten jener Menschen, die an den Mautflüchtlingsrouten leben.

Mehrere Erkenntnisse des Unabhängigen Verwaltungssenates beweisen sehr eindrucksvoll, wie zahllos die Mautflüchtlingsverordnung tatsächlich ist. In 9 von 10 Fällen wird den Berufungen gegen eine Anzeige stattgegeben und das Verfahren wieder eingestellt.

Mautflüchtlinge als Sicherheitsrisiko

Die fehlerhafte Verordnung von Landesrat Haider führt zu einer massiven Einschränkung der Lebensqualität an den Mautflüchtlingsrouten. Neben gesundheitsschädlichen Abgasen und Verkehrslärm bringen die Mautflüchtlinge aber auch ein zusätzliches Sicherheitsrisiko mit sich. Denn im Freiland ist das Unfallrisiko durch LKW-Unfälle fast dreimal so hoch wie auf Autobahnen und Schnellstraßen. Dort passieren durchschnittlich 166 Unfälle pro Million LKW-Kilometer, im Freiland liegt die Zahl bei ca. 418 Unfällen. Die zunehmende Zahl an LKW bringt natürlich auch ein erhöhtes Sicherheitsrisiko in die Ortsgebiete. Besonders hoch ist dieses Risiko gerade für die schwächsten Verkehrsteilnehmer, also Kinder, RadfahrerInnen und ältere Menschen. Die amtlichen Zählstellen zeigen eine teils drastische Zunahme des LKW-Verkehrs seit Einführung der Maut. So wurde in Kirchheim eine Steigerung um 76 Prozent gemessen. Auch Ried ist von den Mautflüchtlingsrouten betroffen, da die B 141 und die B143 beliebte Ausweichrouten sind.

Massive Kosten

Der zunehmende LKW-Verkehr auf Freiland- und Gemeindestraßen führt zu einer steigenden Belastung der Landes- und Gemeindebudgets. Der Bund kassiert zwar die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, gibt aber nur einen Bruchteil zur Abdeckung der Schäden an die Länder und Gemeinden weiter. Der Kostendeckungsgrad von LKW für die Benutzung der Infrastruktur beträgt auf Bundesstraßen (unter Landesstraßenverwaltung) nur 47 Prozent. Auf den Landes- und Gemeindestraßen liegt der Deckungsgrad gar nur bei 13 Prozent.

Es ist einfach unerlässlich, dass in Oberösterreich als erste Maßnahme die Mautflüchtlingsverordnung repariert wird. Landesrat Haider ist gefordert! Auf Bundesebene muss die Regierung erkennen, dass Österreich an einem schlüssigen Verkehrsverlagerungskonzept von der Straße auf die Schiene nicht umhin kommt. Die Schweiz könnte hier als Modell dienen.

Die GRÜNE Position

1. AnrainerInnenschutz erzwingen

Entweder LR Haider legt bis Ende September der Landesregierung eine neue wirksame flächendeckende Verordnung vor oder LR Rudi Anschober wird dies in der Landesregierung von Verkehrslandesrat Haider mit einer konkreten Zeitbefristung beantragen.

2. Wirksame LKW-Nachtfahrverbote

Derzeit sind mehr als 85% der Lkw über 7,5 Tonnen vom Nachtfahrverbot ausgenommen, weil sie als ‚lärmarm‘ gelten.

3. Flächendeckende LKW-Maut

Sobald der Ausweichverkehr keinen finanziellen Vorteil für die Transportunternehmen mehr darstellt, wird sich diese Zerstörung der Lebensqualität zehntausender AnrainerInnen rasch aufhören, insgesamt der LKW-Verkehr effizienter werden und als wirksamer Klimaschutz ein stärkerer Verlagerungsdruck auf die Schiene entstehen. Die Zusatzeinnahmen einer flächendeckenden LKW-Maut müssen für den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs verwendet werden.

Es gefällt uns, ...

... dass die Homepage der Stadtgemeinde so gut betreut wird. Die Zugriffsstatistik zeigt, dass sie auch geschätzt wird. Überzeugen Sie sich selbst unter www.ried.at. Auch die beiden Webcams sind ein Hit!

... dass die Initiative Fahrrad Ried aktiv in die Verkehrspolitik eingebunden wird. Im Verkehrsausschuss kann sie ihre Stellungnahmen abgeben und die Interessen der RadfahrerInnen vertreten.

Es gefällt uns nicht, ...

... dass bei der von vielen erwünschten Geh- und Radverbindung zwischen Bahnhof- und Sennstraße am Wirtschaftskammer- und Agipareal (ehemalige Tankstelle, jetzt ‚Biotop‘) nichts weitergeht. Dieser Abschnitt würde eine durchgehende Verbindung zwischen Braunauer Straße und Neuem Stadtpark ermöglichen.

... dass der Spielplan des neuen Kinocenters wenig Platz für anspruchsvolle Filme lässt. Das ‚Arthouse‘-Programm bringt alle 14 Tage einen ‚neuen‘ Film.

... dass der Entwurf des neuen öö. Baumschutzgesetzes seit mehr als einem Jahr in der Schublade von LHStv. Erich Haider liegt. In letzter Zeit wird ja wieder deutlich, wie notwendig eine rasche Umsetzung wäre!

Damit man draussen erfährt, was drinnen passiert!





LABg. Maria Wageneder Kinderbetreuungsgesetz neu

Mit 1.9.2007 trat das neue öö. Kinderbetreuungsgesetz in Kraft. Damit werden nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch das Qualitätsniveau verbessert. Einige Ergänzungen zum letzten Grünspecht.

Das neue Gesetz gilt für alle Kinder zwischen 0 und 16 Jahren. Die Betreuung erfolgt auf Basis eines pädagogischen Konzeptes. Öffnungszeiten können verlängert, aber auch flexibler und bedarfsorientiert geregelt werden. Die Funktion der HelferInnen wird aufgewertet und das Weiterbildungsangebot wird ausgebaut. Die Elternmitbestimmung wird verstärkt und die Integration wurde neu geregelt. Neue Formen der Kinderbetreuung (z.B. Waldkindergärten, Kinderhäuser ...) sollen in Pilotprojekten erprobt, alterserweiterte Gruppen weitergeführt und ausgebaut werden. Die Förderung von Kinderbetreuungseinrichtungen soll leistungsgerechter erfolgen und bei den sozial gestaffelten Elternbeiträgen sind für alle Gemeinden Mindest- und Höchsttarife vorzusehen.

Elternbeiträge neu geregelt

Begleitend zum neuen Gesetz wurde von der Landesregierung einstimmig eine Verordnung beschlossen, welche die Höhe der Elternbeiträge regelt. Für Ried werden sich durch das neue Tarifmodell nur geringe Änderungen ergeben, da die Beiträge auch bisher vom Familieneinkommen abhängig waren. Grundsätzlich machen die neuen Beiträge für Halbtagsbetreuung 3% des Brutto-Familieneinkommens aus, für einen Ganztagsplatz im Kindergarten oder einen Hortplatz 4%. Für ein zweites unversorgtes Kind werden für die Errechnung der Gebühr vom Einkommen 200,- abgezogen. Für jedes weitere Kind reduziert sich der Beitrag um 20%.

Ein Platz im Kindergarten kostet jährlich durchschnittlich 4000,-. Die Gesamtkosten für alle öö. Kindergärten betragen pro Jahr 150 Mio. Davon übernehmen Land und Gemeinden 83%. 17% steuern die Eltern bei.

Durch das neue Gesetz verringern sich die Beiträge für etwa ein Drittel der Eltern. Für ein weiteres Drittel bleiben sie gleich. Besserverdienende werden künftig mehr zahlen, und zwar besonders dort, wo es bisher einen Einheitstarif von etwa 40,- gab.

Bundesregelung für Gratiskindergärten gefragt

Wir GRÜNE setzten uns in den Verhandlungen für ein sozial möglichst ausgewogenes Modell ein. Sozial gestaffelte Elternbeiträge betrachten wir als Schritt in die richtige Richtung, doch das sozialpolitische Ziel der GRÜNEN bleibt der Gratis-Kindergarten! Es kann ja nicht sein, dass Schulen bis zur Oberstufe gratis sind, aber für die Bildung und Betreuung 3- bis 6-Jähriger bezahlt werden muss.

Kinderbetreuung entwickelte sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte immer mehr von einer Aufbewahrungsstätte zu einer echten Bildungseinrichtung. Prominente VertreterInnen der Bundes-ÖVP und -SPÖ fordern zunehmend bundesweit Gratis-Kindergärten. Damit rennen sie bei uns offene Türen ein, weil das schon immer unsere Forderung war. Die rot-schwarze Bundesregierung hätte es also in der Hand, hier endlich Nägel mit Köpfen zu machen, und entsprechende Konzepte vorzulegen. Auch im Rahmen der bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen könnten konkrete Schritte gesetzt werden.

Mehr Geburten bei besserer Kinderbetreuung

Bedarfsgerechte Kinderbetreuungsplätze sind auch die beste Antwort auf die demographische Herausforderung. In internationalen Vergleichen zeigt sich, dass Frauen dann ihren Kinderwunsch eher realisieren, wenn sie auf Berufstätigkeit nicht verzichten müssen. Dänemark und Schweden haben für unter 3-jährige eine ca 70-prozentige Betreuungsquote. Die Geburtenrate liegt bei 1,80. In Österreich und Deutschland liegen die Vergleichswerte bei schwachen ca 10% bzw. 1,40 (laut Eurostat. 2004 und 2006).

Und: Bei den direkten Geldleistungen für Familien zählt Österreich zu den europäischen Spitzenreitern. Bei den Investitionen für Kinderbetreuung liegt Österreich aber nur auf Platz 15.

GR Julia Csongrady Liebe LeserInnen!



Danke für die guten Rückmeldungen auf meine Lesempfehlungen! Das ist natürlich ein Grund für mich, diese Kolumne fortzuführen.

So ziehe ich aus dem Stapel nächst dem Nachtkästchen folgende Bücher, in denen es sich immer wieder blättern und lesen lässt:

1000 Families

Das Familienalbum des Planeten Erde (Taschen Verlag)

Ein wunderbarer Bildband von Uwe Ommer, Fotograf und Abenteurer.

4 Jahre war Uwe Ommer unterwegs und hat in allen Erdteilen und nahezu allen Ländern Familien in ihren Lebensbereichen fotografiert und nach ihren Plänen und Wünschen gefragt.

Dazu passend:

So isst der Mensch

Familien in aller Welt zeigen, was sie ernährt.

Auch dieses GEO-Buch ist ein Bildband. Familien breiten ihren Wochenbedarf an Lebensmitteln vor uns aus und verraten ihre Lieblingsrezepte, wie etwa Alma Casales aus Mexiko ihre Krebsuppe. Es gibt zu jedem Land umfangreiche Daten sowie Informationen über Lebens- und Ernährungsgewohnheiten bis hin zu Lebenshaltungskosten.

Die folgenden beiden Bücher sind keine wirkliche Gutenachtlektüre:

Das neue Schwarzbuch der Markenfirmen

Die Machenschaften der Weltkonzerne (Deuticke Verlag)

Vorsicht! Dieses Buch könnte Sie wütend machen!

Konsumkids

Wie Marken unseren Kindern den Kopf verdrehen (S. Fischer Verlag)

Wie wir Kinder zu selbstbewussten Menschen erziehen können, die autonom entscheiden können, was sie wirklich brauchen.

Und zum Schluss bekommen wir einen Einblick in das Leben einer der faszinierendsten Frauen des vergangenen Jahrhunderts in dem Buch

Alma Mahler-Werfel

Die unbezähmbare Muse (Heyne Verlag)

Ich wünsche Ihnen eine schöne (Lese)Zeit!
Julia Csongrady
Gemeinderätin



Termine zum Leitbildprozess

Mo., 8. Oktober, 19.30, LMS-Kulturzentrum St. Josef (Konvikt):

Auftaktveranstaltung „Zukunftswerkstatt Ried 2020“

Erste Arbeitskreisrunde im Rathaus:

16. 10.:	15 Uhr:	Tourismus/Freizeit	20 Uhr:	Stadtplanung/Verkehr
17. 10.:	18 Uhr:	Soziales/Bildung	20 Uhr:	Wirtschaft
18. 10.:	18 Uhr:	Natur/Umwelt	20 Uhr:	Kultur/Kunst

Die zweite Runde findet zu den gleichen Terminen und Uhrzeiten vom 3. - 5. 12. statt.

Nützen Sie die Chance und bringen Sie Ihre Ideen ein!

Abschalten, resignieren, verdrängen?

Vor wenigen Wochen erschien „Die Klimarevolution“ von Rudi Anschöber und Petra Ramsauer. An fünf Schauplätzen dokumentieren die Grüne Landesrat und die News-Journalistin die verheerenden Folgen der Erderwärmung. Und sie lassen Menschen zu Wort kommen, die von ihren Erfahrungen, ihrem Kampf um die Heimat berichten.

Schauplatz 1

„Wir verlieren unsere Heimat und sehr, sehr viele Menschen. Spätestens im Jahr 2050 wird Kiribati Geschichte sein“, warnt Anote Tong, Präsident der pazifischen Inselrepublik, wo 93000 Menschen auf gut 800 km² leben. Auf Inseln, die kaum höher als drei Meter sind. Zwei davon sind bereits untergegangen. Und der Präsident sieht keinen Bedarf mehr an Seminaren zur Bewusstseinsbildung, auch nicht an Bergen von Sandsäcken. Was seine InselbewohnerInnen brauchen, so Tong, sind „Länder, die bereit sind, uns aufzunehmen. Wir brauchen ein Recht auf Flüchtlingsquoten in jenen Ländern, die unseren Untergang mit ihren gigantischen Treibhausgasemissionen verursacht haben und dies weiter tun.“ Kiribati ist arm. Es teilt aber sein Schicksal mit dem reichen Touristen-Mekka im Indischen Ozean, den fast 1200 Atollen der Malediven. Auch sie sind dem Untergang geweiht.

Schauplatz 2

Alaska. Dort hat eine Untersuchung der Eisbärenpopulation ergeben, dass die Bären heute im Schnitt bereits um 15% weniger wiegen als noch vor einigen Jahrzehnten. Die dünnen Weibchen gebären immer weniger Junge. Viele ertrinken beim Versuch weite Distanzen des Ozeans zu überwinden. Sie sind geschwächt. Und es wurde beobachtet, dass der nagende Hunger Eisbären sogar zu Kannibalen werden lässt. Sie fressen Artgenossen. Doch warum hungern sie? Eisbären jagen fast ausschließlich Robben. Und Eisbären brauchen das Packeis, um sie fangen zu können. Sie brauchen Eis, um zu leben, und da das Eis wegschmilzt, werden mit den Eisschollen der Arktis auch die „Nanuk“ untergehen. Doch es trifft auch die Menschen. Paul Okalik ist Regierungschef des teilautonomen kanadischen Bundesstaates Nunavut, der sich über 1,9 Millionen km² arktischer Region erstreckt. Er erinnert sich, dass er als Kind sechs Monate im Jahr Eishockey spielen konnte. Heute geht so etwas nur noch drei Monate lang. Und Sheila Watt-Cloutier, eine mittlerweile 50-jährige „Tochter des Eises“, mahnt: „Wir, die Inuit, erleben in jeder Minute unseres Alltags die derzeit stattfindende Veränderung der Umwelt, weil wir jeden Tag draußen sind. Wir sind das Frühwarnsystem für den Rest der Welt. Was wir heute erleben, werdet ihr morgen erleben.“

Schauplatz 3

Toni Rosifka war 1956 zum ersten Mal am Dachstein, wurde Bergführer und war von 1976 bis 2004 Pächter der Simonyhütte. „Wenn das so weitergeht“ sagt er, „dann ist die große Gletscherzunge des Hallstättergletschers in 10 bis 15 Jahren verschwunden. Was hier passiert, ist ein Alarmsignal dafür, wie sehr sich unsere Erde derzeit erwärmt.“ Doch nicht nur hier, auf der ganzen Welt schmilzt immer mehr des vermeintlich ewigen Hochgebirgs-Eises. Bis zu 3% an Masse verlieren Gletscher rund um den Globus im Schnitt pro Jahr. Der Temperaturanstieg in den Alpenländern lässt die wirtschaftliche Basis für Millionen Menschen ins Wanken geraten. 70% der österreichischen Schigebiete müssen künftig um Schneesicherheit fürchten. 11 der 12 Jahre zwischen 1995 und 2006 waren die wärmsten seit dem Beginn der Wetteraufzeichnungen 1850. Und Orkane, Hochwasserkatastrophen oder Temperaturschwankungen zeigen, dass das Wetter immer extremer wird.

Schauplatz 4

„Wir wissen, dass die Zerstörung des Regenwaldes den Tod über die Menschheit bringt. Ohne Wasser und saubere Luft, den Atem des Lebens, gibt es kein Überleben“, wird Bonifacio Jose Baniwa, ein Vertreter der indigenen Völker des Amazonas, zitiert. „Brasilien ist einer der vom Klimawandel am stärksten betroffenen Punkte der Erde. Falls der Amazonas mehr als 40% seiner Waldfläche verliert, wird die Savannenbildung unumkehrbar“, warnt Carlos Nobre, Mitarbeiter eines Amazonasforschungsinstitutes. Begonnen hat der Raubbau während der Militärdiktatur, die für Straßenbauprojekte Tausende Kilometer lange Schneisen in den Wald geschlagen hat. Siedler wurden angelockt. Dann tauchte die illegale Tropenholzmafia auf und schließlich setzte eine Zerstörungswelle für riesige Rinderweiden und den Sojaanbau ein. Diese Faktoren führten dazu, dass seit 1960 Regenwaldflächen in der Größe Frankreichs vernichtet wurden.

Schauplatz 5

„Wir wollen nach Europa. Wir werden es wieder versuchen, obwohl wir dabei sterben könnten. Doch in Afrika zu bleiben, bedeutet auch zu sterben.“ Der 22-jährige Hanua und sein Freund Jaar, beide aus Mali, waren die einzigen einer 70-köpfigen Besatzung, die den Versuch überlebten, per Fischerboot nach Spanien zu gelangen. Flucht ist für viele in Afrika der einzige Ausweg. Zwischen 150 und 200 Millionen Menschen könnten ab 2050 als „Umweltflüchtlinge“ in jene Zonen wandern, die dann noch bewohnbar sind. „Nach dem Kolonialismus ist der Klimawandel die zweite große Tragödie Afrikas“, betont Karlheinz Böhm von „Menschen für Menschen“. „Der Klimawandel zerstört jedes bisschen an Entwicklungsfortschritt der vergangenen Jahre“, ist auch

der nigerianische Klima-Experte Anthony Nyong überzeugt und berichtet, dass sich Krankheiten wie Denguefieber, Malaria und Meningitis rasant ausbreiten, was in Verbindung mit den horrenden HIV-Infektionsraten die Gesundheit der Menschen weiter bedroht. Nur 4% der CO₂-Emissionen werden übrigens von Afrika verursacht. Doch nirgendwo sonst auf der Welt, außer an den Polkappen und in der Tundra, gibt es Zonen, die sich so rasch erwärmen wie hier. Und die Dürreperioden führen dazu, dass Menschen jeden Glauben an die Zukunft verloren haben. „Unsere Rinder und Kamele sind längst tot“, erzählt eine Frau aus dem äthiopischen Dorf Samant. „Wir haben weder Milch noch Fleisch zu verkaufen und bald bleibt uns keine andere Chance mehr, als in die Stadt zu ziehen. Sonst sterben wir wie unsere Tiere.“

Klimarevolution

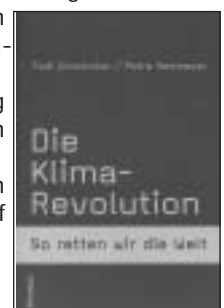
Nun kann man sich fragen, ob Berichte von den Schauplätzen, wo die Auswirkungen der Klimaveränderung schon spürbar sind, auch bei uns zum Umdenken und zu Änderungen im Lebensstil führen. Oder ob sich wieder einmal die medienpsychologischen Analysen bewahrheiten, die zeigen, dass Menschen über einen robusten Schutzmechanismus gegen schlechte Nachrichten verfügen. Demnach werden zum Beispiel Berichte von mehr als 20 Todesopfern in ihrer Dramatik nicht mehr verstanden. „Das Gehirn begreift zwar die Fakten, aber die Gefühle kommen damit nicht zurecht. Wie soll man da die Botschaft wirklich begreifen können, dass ein fortschreitender Klimawandel für bis zu 200 Millionen Menschen den Hungertod bedeuten wird? Das übersteigt das Fassungsvermögen unserer Gefühlswelt“, schreiben Anschöber und Ramsauer, warnen jedoch eindringlich, dass „dieses Abschalten, das Resignieren, das Verdrängen des Problems die große Gefahr birgt, dass wir die letzte Chance zur Rettung unseres Klimas verpassen.“

Rudi Anschöber und Petra Ramsauer geht es aber ohnehin nicht um apokalyptische Zukunftsvisionen, sondern um eine klare Analyse und Handlungsanleitungen: „Uns bleibt ein Zeitfenster von nur noch 10 Jahren, um die gefährliche Dynamik zu bremsen. Wir brauchen eine neue Revolution: einen Aufstand der KonsumentInnen, eine grüne industrielle Revolution, eine neue Gestaltungskraft der Politik.“

100 konkrete Tipps zur Rettung des Klimas haben Anschöber und Ramsauer erstellt, 100 Schritte hin zum wichtigsten Ziel des 21. Jahrhunderts: dem Stopp der Klimakatastrophe.

Da die Aufzählung dieser Schritte den Grünspecht-Rahmen sprengt, empfehle ich wärmstens den Kauf dieses Buches.

Wolfgang Pirker



Die Grüne Landesseite

Sicheres Trinkwasser und Grüne Energie für OÖ

Eine energiepolitische Schlüsselentscheidung: Bis zum Jahr 2030 wird das Land Oberösterreich bei Wärme und Strom vollständig auf Erneuerbare Energien umstellen! Das konnten die Grünen OÖ bei den Verhandlungen zur Energie AG sicherstellen.

Nach zähen Verhandlungen sind die Grünen sehr zufrieden: Die harten Bedingungen der Grünen für einen teilweisen Börsegang des Vorzeigunternehmens werden nach Punkt und Beistrich erfüllt: Die Energie AG erhält frisches Kapital. Gleichzeitig kann die sichere Versorgung der Bevölkerung mit Wasser und Energie gewährleistet werden. Das bedeutet: Die oft geforderte Energiewende wird Wirklichkeit. Und jene Trinkwasserreserven, die vor Jahren von SPÖ, ÖVP und FPÖ verkauft wurden, kommen wieder in die Verfügungsgewalt des Landes.

SPÖ am völlig falschen Dampfer

Kein Verständnis haben die Grünen für die Reaktion der SPÖ. Dass sich die SPÖ auf die Energiewende einschießt und vor dem Verlust von Arbeitsplätzen in kalorischen Kraftwerken warnt, löst bei den Grünen nur Kopfschütteln aus. Landessprecher Rudi

Anschober: „Einmal mehr zeigt sich, dass die SPÖ bei energiepolitischen Schlüsselentscheidungen auf der falschen Seite steht“ (siehe Kasten rechts). Auch die von der SPÖ initiierte BürgerInnenbefragung ist rein parteipolitisch motiviert. Anschober: „Sie ist für die Sache und das Unternehmen absolut kontraproduktiv!“

Absolut falsch ist auch Haiders Behauptung, der Strompreis würde explodieren. Anschober: „Im Gegenteil, eine schrittweise Verringerung der Energieimporte nach Oberösterreich, die derzeit bereits mehr als 2 Milliarden Euro pro Jahr kosten, würde viel Geld und Wertschöpfung im Land belassen. Ein Ausbau der Energieautarkie, der Energieeffizienz und der Erneuerbaren Energieträger würde mehr Preisstabilität und Tausende zusätzliche Arbeitsplätze bewirken.“ **MP/DS**

Weitere Infos auf www.ooe.gruene.at

SPÖ liegt immer falsch:

- > Zwentendorf 1978: die SPÖ versucht Österreich mit Atomenergie zu beglücken
- > Hintergebirge 1984: namhafte SP-FunktionärInnen waren die heftigsten BefürworterInnen eines Pumpspeicherkraftwerkes im Hintergebirge, das erst durch eine Besetzung der Umweltbewegung verhindert wurde - nur dies ermöglichte den heutigen Nationalpark
- > Hainburg 1984: wieder stand die SPÖ an der Spitze der BetoniererInnen
- > 2002 haben SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen der Grünen alle überregionalen Wasserreserven im Besitz des Landes an die Energie AG verkauft.
- > Ökostrom-Verhinderungsgesetz 2006: nur durch die Zustimmung der SPÖ gelang es, den Kahlschlag beim Ausbau der Ökoenergie in Verfassungsrang zu heben
- > SPÖ-Energiesprecher Eder im Jänner 07 über Verkauf des Verbundkonzerns: „Ein Staatsanteil von 25% plus einer Aktie ist durchaus denkbar.“
- > SPÖ-Landesparteivorsitzender Voves will weitere Anteile der „Energie Steiermark“ an den Atommulti EdF verkaufen

1a VERKEHR Fahrrad



CO₂-Emission

Langfristige Folgekosten

Klimaschutzpunkte

1a Fahrrad / 1b Straßenbahn / 1c Bus / 1d PKW

Mitspielen

Hol dir dein persönliches Klima O.K. Quartett: www.ooe.gruene.at

KLIMA O.K.

Klimaschutzinitiative der Grünen OÖ

Handeln für den Klimaschutz

Die letzten Monate haben gezeigt – die Klimaveränderung ist Wirklichkeit, wir können sie aber noch begrenzen. Die nächsten 10 Jahre sind entscheidend für die Lebensbedingungen unserer Kinder und Kindeskinde.

Bisher versagt der Klimaschutz in Österreich und international – die Emissionen steigen weiter an.

Wir Grüne kämpfen dafür, dass auf die vielen Sonntagsreden der Politik endlich konkrete Handlungen folgen.

Unser Ziel ist es, in OÖ die Eindämmung der CO₂-Emissionen zu erreichen. Dazu wollen wir

bis 2030 die Energiewende weg von den fossilen hin zu den erneuerbaren Energieträgern schaffen und damit bis 2030 die CO₂-Emissionen in OÖ um 65% verringern. Dazu brauchen wir endlich Unterstützung aus Wien und Brüssel.

Durch ein neues Ökostromgesetz, durch ein Ende der Marktzulassung von Energieverschwendenden Elektrogeräten, durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs und ein Energiewendeprogramm des Bundes.

Das wollen wir durchsetzen. Wir Grüne wollen, dass das Klima in diesem Land O.K. bleibt und haben dazu die Klimaschutzinitiative KLIMA O.K. gestartet. Unterstützen Sie uns dabei.

Ihr
Rudi Anschober



Angriff auf die City

So lautet der Titel eines Buches, das sich mit dem Strukturwandel des Einzelhandels und dessen Auswirkungen auf die Städte, insbesondere die Innenstädte, befasst. Obwohl in Deutschland seit Jahren kein Wachstum im Einzelhandel zu verzeichnen ist, werden dort ständig weitere Verkaufsflächen geschaffen. Wobei der Trend von der grünen Wiese in Richtung Innenstadt(nähe) geht. Das kennen wir doch auch ...

Zerstörungen

Einer der Autoren ist der Architekt und Städteplaner Walter Brune, der – als Jahrgang 1926 – schon einiges an Veränderungen in unseren Städten miterlebt hat. Und wenn er an die Entwicklungen in den Innenstädten denkt, bekennt er in einem seiner Beiträge ganz offen, dass ihn „ein Grausen befällt.“

„Nero hat seine Stadt mit Feuer zerstört,“ schreibt er. „Viele Bürgermeister unserer Städte zerstören sie ebenso, jedoch mit Investoren-Unterstützung, durch die Verlagerung des vorhandenen Einzelhandels in seelenlose, nach innen gekehrte, amerikanisierte Shopping-Center.“ Und er fragt: „Macht es Sinn, dass hunderte oder tausende Einzelhandeltreibende in den gewachsenen Einkaufsstraßen ihre Existenz verlieren, damit jeweils ein einzelner Investor ein Groß-Shopping-Center betreiben kann, das aufgrund seiner Reize natürlich eine ganz andere Magnetwirkung auf die Kunden hat, wo man zudem bequem kostenlos parken kann und sich nach wenigen Schritten in einer vollständig überdachten Einkaufsglitzerwelt wiederfindet?“ Darüber hinaus stellt sich für ihn überhaupt die Frage nach der Zukunft der historisch gewachsenen mitteleuropäischen Innenstadt und ob ihre Erhaltung einen Wert darstellt, den es zu schützen gilt.

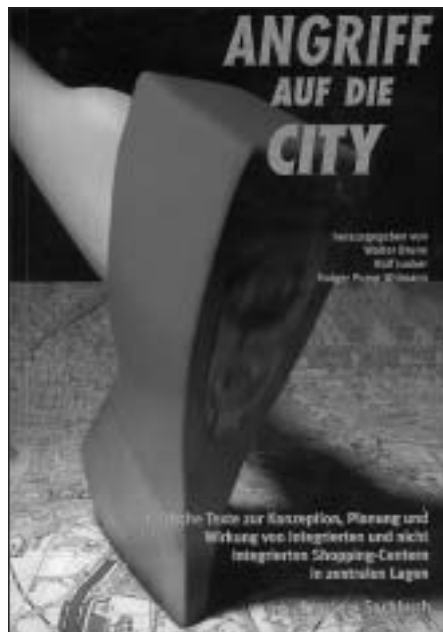
Neue Chancen?

„Einkaufszentren sind eine Erfindung des 20. Jahrhunderts und wurden vorwiegend auf der grünen Wiese errichtet“, schreibt der Wirtschaftsgeograf Gerd Kühn in seinem Beitrag. „Seit einigen Jahren wird nun auch der Kern der Städte für solche Investitionen verstärkt gesucht, was neue Chancen, aber auch Gefahren erzeugt. Einerseits bieten solche Center ja Möglichkeiten zur ökonomischen und städtebaulichen Sicherung und Weiterentwicklung der Innenstädte. Andererseits müssen die Verantwortlichen in den Städten aber auch stets bedenken, dass der falsche Umgang mit einem eigentlich richtigen Thema den ohnehin arg gebeutelten zentralen Stadträumen neue Schwierigkeiten bereiten kann, droht doch in solchen Fällen den alten Innenstädten eine Majorisierung durch neue, autarke und introvertierte Handelseinrichtungen.“

Urbanität - Stadtkultur

Der Soziologe Hartmut Häußermann beschäftigt sich mit dem Begriff der „Urbanität“ und setzt ihn mit „Stadtkultur“ gleich. „Stadtkultur umfasst eine bestimmte Art und Weise zu leben, bezeichnet eine öffentliche und demokratische Form der Entscheidung über die Entwicklung des Gemeinwesens. Charakteristisch ist – seit der Antike – die Offenheit gegenüber dem Fremden, gegenüber kultureller und intellektueller Innovation.“ Und zur Stadtkultur gehören öffentliche Räume. Erst damit wird Öffentlichkeit überhaupt möglich gemacht.“ Und was macht eine Stadt interessant? Der Autor meint, dass eine Stadt nur lebendig sei, wenn man darauf hoffen darf, dass nicht alles nach Plan verläuft. „Die Ungleichheit der Menschen und Aktivitäten“ führt er an. Und die „Ungleichzeitigkeit“. Damit meint er beispielsweise die verschiedenen Baustile und Grundrisse von Gebäuden, in denen sich die Geschichte einer Stadt oder die „Mühen früherer Generationen“ vergegenständlichen. So gesehen ist die Beseitigung historischer Bausubstanz auch immer ein „Verlust von kreativen Energien.“

Wo Planer dennoch versuchen, „urbane Situationen,“ zu kreieren, wie z.B. in den modernen Großeinkaufszentren und in den Malls, bleibt alles künstlich. „Die Teilhabe ist an die Kaufkraft gebunden und Aktivitäten finden nur während der Öffnungszeiten statt!“



Öffentlichkeit

Dass man mittlerweile auch in den Rathäusern erkennt, dass irgendetwas mit unseren Städten nicht in Ordnung ist, fällt dem Publizisten Gerd Köhler auf. Und er ist der Meinung, dass es nicht reicht, nach „City-Managern“ und einer „corporate identity“ zu rufen, oder unter einem neuen Logo eine gemeinsame Botschaft in alle Welt zu tragen. Für ihn hat die Stadt ganz andere Qualitäten als Einkaufszentren, gegen die man den Wettbewerb ohnehin nicht ge-

winnen kann, wenn man sich auf deren Mittel einlässt. „Man muss viel mehr die Stärke der Stadt betonen, man muss klar machen (und da können die Kunst-Städte nicht konkurrieren!), dass die Entstehung von Stadt, dass Öffentlichkeit ein Ergebnis von Konflikten ist, die nach bestimmten Regeln ausgetragen wurden. Dass, historisch gesehen, Fortschritt – gesellschaftlicher wie wirtschaftlicher – ein Produkt der Stadt und ihrer Konflikte ist. Wenn wir die Stadt aber abschaffen, indem wir die Öffentlichkeit abschaffen, verlieren wir die Kraft zur kreativen Fortentwicklung und opfern auch die Öffentlichkeit als politische Diskursebene – im Einkaufszentrum hat noch nie eine Demonstration stattgefunden!“

Pro Innenstadt

Es führt natürlich viel zu weit, im Rahmen dieser Buchvorstellung konkrete Lösungen für Ried vorzuschlagen. Diese können im demnächst beginnenden neuen Leitbildprozess erarbeitet werden. Als Grundlage für diesen Prozess kann es aber nicht schaden, wenn man erkennt, dass nur das Fordern von zusätzlichen Parkplätzen von den eigentlichen Problemen mehr ablenkt als diese löst. Stattdessen sollen neue Vertriebs- und Managementformen angedacht werden, z.B. ein gemeinsamer Marktauftritt der einzelnen Innenstadt-Anbieter. Die traditionelle Dominanz schlichter Bedarfsdeckung soll überwunden und die Erwartungen postmoderner Lebensstilgruppen erfüllt werden, wie es der Geograf Rolf Monheim formuliert. Eine attraktive, erlebnisreiche Atmosphäre entsteht nicht einfach durch ökonomische Aktivitäten und internationale Standardangebote. Es sind häufig die innovativen und provokativen kulturellen, sozialen und politischen Aktivitäten, die die Innenstädte bereichern. Schließlich ist „Social Networking“ eine Herausforderung. Und zwar zur Erzeugung von Sympathie bzw. „good will“ bei Bürgern, Medien und Entscheidungsträgern. Es gibt genug Beispiele, wo sich Einzelhändler mehr darauf konzentrieren, ihren Standort schlecht zu reden und sich im „Kleinkrieg mit Politik, Stadtverwaltung und Kollegen (=Konkurrenten) verzetteln, anstatt die gemeinsamen Stärken der Innenstadt, etwa das Gesamt-Ambiente, zu betonen. Dieses Ambiente ist es ja auch, was viele Menschen so schätzen und für die der Verfall des historischen Stadtkerns gleichzusetzen wäre mit dem Verlust der Identität einer Stadt.

Und sollte sich eine Stadt dennoch zum Bau eines zentrumsnahen Einkaufszentrums entschließen, so gilt der Grundsatz, dass „ein integriertes Einkaufszentrum nicht die Innenstadt durch sein Übergewicht ‚erdrückt‘, sondern mit seiner Verkaufsfläche deutlich unter derjenigen der Innenstadt bleibt.“

Wolfgang Pirker

„Angriff auf die City“ – herausgegeben von Walter Brune, Rolf Junker, Holger Pump-Uhlmann, Droste – Sachbuch, 2006